



Budapestre vonatkozó újságcikkek

Szerző: Erekly Karol

Cím: Der Ministerpräsident und die Rathauskligue

Forrás: Pester Lloyd

Bn

(Hely)

1924. 5. 29.

(Idő)

(Köt. v. füz.)

(Oldal)

Osztályozás

Tárgy

352

Hely

Idő

'1924'

Személy

Kommunal-Angelegenheiten.

Der Ministerpräsident und die Rathauskligue.

Vom Minister a. D. Karl Erekly.

In der letzten Sitzung der Christlichnationalen Wirtschaftspartei wurde Karl Wolff vom Ministerpräsidenten arg in die Enge getrieben. Karl Wolff verkündet allmonatlich in Volksversammlungen, daß er sich lieber „hängen“ ließe, als daß er in seiner Integrität nachlassen würde, auf die offene Aufforderung des Ministerpräsidenten aber milderte er seine in den Volksversammlungen gebrauchte Tonart, indem er erklärte, nicht in die Opposition zu gehen und es vorzuziehen, mit den „gemäßigten liberalen Elementen“ gemeinsame Sache zu machen. Karl Wolff irrt aber ganz gewaltig, wenn er glaubt, daß der ernste Teil des hauptstädtischen Publikums ihm über die Wahlen hinweghelfen werde, einzig und allein deshalb, weil er, in die Enge getrieben, sich zur Nachgiebigkeit bereit erklärt.

Unter der dreijährigen Herrschaft Karl Wolffs hat es sich so oft gezeigt, daß er keinerlei schöpferische Konzeption besitzt und die hauptstädtische Politik total verfahren hat. Der durch seine in Volksversammlungen gehaltenen Reden berühmt gewordene Präsident des Hofmarschallgerichts hat sich nie mit den großen Problemen der Hauptstadt befaßt, die er übrigens auch nicht gekannt hat. Seine Karriere ist ein Schulbeispiel dafür, wie man ohne Fachwissen und ohne ernste Arbeit auf dem politischen Forum die Führung an sich reißen kann.

Heute weiß es bereits jedermann, daß Wolff Wochen und Monate damit verbrachte, zu erforschen, wer Freimaurer gewesen und wer zu Juden Beziehungen unterhält; ohne Erbarmen hat er Leute entlassen und brotlos gemacht, wenn ihm Un-

günstiges über die Beschuldigten gemeldet wurde. Wie wenig Karl Wolff sich um die wichtigeren Probleme der Hauptstadt gekümmert hat, beweist die Tatsache, daß er während seiner dreijährigen Herrschaft sich weder mit der Organisierung der hauptstädtischen Administration, noch mit einer Regelung der Finanzen der Hauptstadt usw. befaßt hat. Im Gegenteil: wollte irgend ein Mitglied der Partei arbeiten, so hat er es vereitelt, weil ihm dies für seine Macht und Volkstümlichkeit gefährlich schien. Den früheren Herren im Stadthause macht er es bei jeder Gelegenheit zum Vorwurf, daß sie Schulden gemacht und die Bevölkerung belastet hätten. Heute, im Zeitalter des Effektenkapitalismus, wo unter den Privatunternehmungen jene die allermächtigen sind, die in der Lage sind, den allergrößten Obligationenkredit in Anspruch zu nehmen, es einem Regime zum Vorwurfe machen zu wollen, daß die Stadt zu produktiven Investitionen Schulden kontrahierte, dessen ist nur ein so naiver, füz-besetzter Beamter wie Karl Wolff fähig, der eine städtische Anleihe nur vom Gesichtspunkte seines eigenen Haushaltes zu beurteilen vermag.

Um die politische Karriere Karl Wolffs noch besser zu beleuchten, verweise ich darauf, daß es ihm in seinen Reden nicht um Objektivität zu tun ist; aus den vielen Verdrehungen will ich die allerletzte anführen:

Vor kurzem erklärte er in einer ausschließlich für Frauen veranstalteten Volksversammlung, daß ihn die Liberalen deshalb verfolgten, weil er die Erwerbung der 83 Betriebe der Hauptstadt durch die Kommerzbank, die Ungarische Allgemeine Creditbank und die Ungarisch-Italienische Bank verhindere. Man wird starr vor Erstaunen, wenn man hört, daß ein Mann, der sich einen politischen Führer nennt, vor der großen Öffentlichkeit mit solcher Kühnheit Unwahrheiten verkündet.

Für die hauptstädtische Politik Karl Wolffs ist bezeich-

end, daß er noch nie ein Programm entwickelt, noch in keinem einzigen Falle einen Vorschlag ausgearbeitet hat, noch dem die Verwaltung und die Finanzlage der Hauptstadt verbessert werden könnten. Seit dem Kriege und den Revolutionen steht die Hauptstadt vor großen Problemen; mag welche Partei immer zur Herrschaft gelangen, die Politik der Hauptstadt kann sich nur darum drehen, die verfahrenen kommunale Administration in Ordnung zu bringen und die Finanzen der Hauptstadt zu regeln.

Der Politik der Hauptstadt mangelt es leider derzeit an einer führenden Persönlichkeit, zu der die gesamte Bevölkerung der Hauptstadt Vertrauen hätte. Da die materiellen Angelegenheiten der Hauptstadt so sehr vom Wohlwollen der Regierung abhängen, daß die Hauptstadt — sie möge welchen

Municipalausschuß immer wählen — des Wohlwollens der Regierung nicht entzelen kann, so wäre heute der allgeringste Führer der hauptstädtischen Politik: der Ministerpräsident Graf Stefan Bethlen.

Das will keineswegs besagen, daß Graf Bethlen als Führer der Einheitspartei in das Stadthaus einziehen möge, sondern daß unter dem Banner des ungarischen Ministerpräsidenten sich die Kommunalpartei konstituieren sollte, die berufen wäre, die Hauptstadt aus ihrer trübsamen Lage zu befreien. Wenn der Ministerpräsident in die Politik der Hauptstadt eingreift, und erklärt, daß er in der Municipalversammlung keinen Kampf um Weltanschauungen wünscht, sondern im Interesse der Hauptstadt zu arbeiten beabsichtigt, dann werden alle Scheidewände zwischen den Parteien fallen, alle Bewohner der Hauptstadt sich um den Ministerpräsidenten scharen, und es wird uns gelingen, alle Einrichtungen der Hauptstadt im Interesse der Bevölkerung zu reorganisieren.

Eines der wichtigsten Probleme ist die Schaffung eines neuen hauptstädtischen Statuts. Die im Jahre

1872 organisierte Zentralverwaltung muß geregelt werden, desgleichen die im Jahre 1893 geschaffene Bezirksadministration, schließlich auch der Wirkungsbereich des Municipalausschusses und dessen Verhältnis zum Magistratsrat. Die Verfügung des vor 50 Jahren ins Leben gerufenen hauptstädtischen Statuts, wonach die unbedeutenden Angelegenheiten vor den Municipalausschuß gehören, die großen Probleme aber nicht, hat sich bereits überlebt, und unsere Hauptstadt muß sich so organisieren, wie dies in jeder großen Metropole Europas bereits geschehen ist, daß der Municipalausschuß, gleich dem Parlament, mit einem entsprechenden Administrationsapparat ausgestattet und ihm ermöglicht werde, die Durchführung der Vorschläge zu überwachen.

Auch das Verhältnis der Verwaltung zu den Betrieben muß geordnet werden. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß jemand als Verwaltungsbeamter gleichzeitig auch Betriebsbeamter sei, noch absurder ist es, daß die Betriebe von bürokratischen Sektionen geleitet werden. Das moderne Wirtschaftsleben beweist tagtäglich, daß man Verwaltungsbeamten die Leitung von Betrieben nicht anvertrauen kann. Die hauptstädtische Politik hat aber auch noch die wichtige Aufgabe, dahin zu wirken, daß Budapest einige hundert Millionen Goldkronen als Anleihe erhalte, um die veralteten Einrichtungen seiner Betriebe modernisieren zu können.

Für die ausgebeutete Bevölkerung von Budapest ist heute das Allerdringendste, daß ihre materielle Lage verbessert werde. Ein Verwaltungs- und Finanzprogramm aber, durch das die Lage der Budapester Einwohnerschaft sich verbessern ließe, kann ohne Unterstützung von seiten der Regierung nicht verwirklicht werden. Es ist meine Ueberzeugung, daß, wenn der Ministerpräsident dieses praktische Programm aufstellen und bei den nächsten Wahlen dafür Sorge tragen würde, daß seine Kandidatenliste alle jene umfasse, die für die hauptstädtische Politik ins Gewicht fallen und bei seinem Schöpfungswerk ihm hilfreiche Hand zu bieten vermögen, dann wird die Bevölkerung von Budapest bei den nächsten Wahlen zuverlässig der Partei des Ministerpräsidenten die Majorität bringen, die extreme Wolkspartei mit ihren acht bis zehn Mitgliedern aber mag in der Opposition ihre Weltanschauungen weiter verfechten.

Der Ministerpräsident wird seine Mission vorzüglich erfüllen, wenn er die Bevölkerung der Hauptstadt davon zu überzeugen vermag, daß im Generalversammlungssaale des Municipalausschusses ebenso wie in den Fachausschüssen in Zukunft reale, ernste Arbeit verrichtet werden wird. Und wenn auch die Regierung die Municipalverwaltung in ihrer ernstesten Arbeit fördern wird, dann wird die Einwohnerschaft von Budapest binnen kurzem alle Vorteile des Friedens und der wirtschaftlichen Konsolidation genießen.